

in der gemeinsamen Verlautbarung „Gott ist ein Freund des Lebens“ auf die wichtigsten ethischen Probleme der Retortenbefruchtung und ihres Umfeldes aufmerksam gemacht: auf die zentralen anthropologischen Fragen des menschlichen Selbstverständnisses, auf die Einheit von Persönlichkeit und Sexualität, auf das Kindeswohl sowie auf die Grenzen der Manipulierbarkeit der menschlichen Natur. Vor allem hatten die Kirchen in großer Einmütigkeit gewichtige und ethisch entscheidende Gründe gegen die Retortenbefruchtung formuliert: die mit der IVF geschaffenen Zugriffsmöglichkeiten auf Embryonen; die quasi-Auflösung der Ehe und der Eltern-Kind-Beziehung durch heterologe Insemination, durch Ei- und Embryonenspende; die Mißbrauchsmöglichkeit der Ersatzmutterchaft; die Kryokonservierung; die physische und psychische Belastung der Frau; die bislang ungeklärten Langzeitwirkungen auf das Kind.

Das moralische Eigengewicht der Probleme bleibt

Nun kann man nicht erwarten, daß der Gesetzgeber kirchliche Vorstellungen, auch soweit sie allgemeines Ethos formulieren, per Gesetz kodifiziert. Dies liegt jenseits seiner rechtlichen Zuständigkeiten und politischen Möglichkeiten. Der Gesetzgeber ist auch in solch delikaten ethischen Fragen, wie sie durch die neuen Fortpflanzungstechniken aufgeworfen werden, auf politischen Konsens durch demokratische Verfahren angewiesen. Dies dispensiert ihn aber nicht davon, gerade in diesem Bereich gesetzliche Lösungen zu finden, die der ethischen Qualität der zu regelnden Sachverhalte wenigstens annähernd gerecht werden.

Von nicht wenigen wird heute gefordert, Recht und Moral so weit wie möglich auseinanderzuhalten. Diese Ansicht ist nicht so ohne weiteres zu verwerfen. Denn eine *Unter-*

scheidung zwischen der sittlichen Beurteilung eines Tatbestandes einerseits und seiner zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Regelung andererseits ist sicherlich notwendig und geboten. Nicht jedes, auch im Interesse der Gesellschaft wünschenswerte Verhalten kann und darf – eventuell sogar mit dem Strafrecht – erzwungen werden. Dagegen kann eine ethisch-moralische Zurückhaltung des Gesetzgebers nicht bedeuten, daß er für die sittliche Wertordnung im Staat nicht mitverantwortlich wäre. Die zwischen Recht und Moral bestehende Spannung darf auch nicht soweit aufgelöst werden, daß jede sittliche Wertung in den privaten Bereich des einzelnen verwiesen wird. Die Rechtsordnung hat vielmehr die Aufgabe, die für das menschliche Leben notwendigen Güter und Ordnungsstrukturen zu schützen. Sie enthält einen *Mindestkatalog*, in dem jene Forderungen enthalten sind, die für das Zusammenleben und das Funktionieren der menschlichen Gesellschaft unverzichtbar sind. Jedoch kann die Rechtsordnung nicht alles absichern, was im Namen des Gewissens bzw. der Moral gefordert werden muß. Auf die *Fortpflanzungsmedizin* angewandt, führt dies zu der folgenden allgemeinen, aber grundsätzlichen Aussage: Der Gesetzgeber muß sich die Frage stellen, ob durch die Fortpflanzungsmedizin menschliche Güter und Werte gefährdet werden, die zu schützen seine Aufgabe ist. Dies ist bei der hier zu behandelnden Frage offenbar der Fall. Daher muß er versuchen, diesen Gütern und Werten im Rahmen seiner Zuständigkeit den ihnen zukommenden Schutz der Rechtsordnung zu garantieren. Dies kann dazu führen, daß der Gesetzgeber bestimmte Methoden verbietet oder auch dazu, daß er sie beschränkt, d. h. sie nur in einem bestimmten Rahmen zuläßt. Damit ist dann aber noch nicht entschieden, ob die gesetzlich so geregelte Fortpflanzungsmedizin samt ihren Folgeproblemen allen kritischen Anfragen seitens der Moral bzw. Ethik standhalten kann.

Johannes Reiter

Perspektiven mit Schlagseite

Beratungen und Ergebnisse der Bischofssynode über die Priesterbildung

Drei Jahre nach der „Laiensynode“ von 1987 beschäftigten sich Bischöfe aus aller Welt einen Monat lang mit den verschiedenen Aspekten der Priesterbildung. Die achte ordentliche Vollversammlung der Bischofssynode, über deren erste Phase wir bereits berichteten (HK, November 1990, 505 ff.), ging ihr Thema mit viel Engagement und gutem Willen an. Sie fand aber trotz mancher guter Ansätze und Anregungen im ganzen nicht zu einer realitätsnahen und überzeugenden Antwort auf die Frage nach Profil und Aufgaben des Priesters unter den heutigen Verhältnissen. Vielmehr dominierten Tendenzen zu einer Resakralisierung und spirituellen Überhöhung des Priesters, die weder für die unmittelbar Betroffe-

nen noch für die Kirche insgesamt den akuten Problemstau abbauen können.

Die achte ordentliche Vollversammlung der Bischofssynode, die nach vierwöchigen Beratungen über die Priesterbildung unter den heutigen Verhältnissen am 28. Oktober zu Ende ging, markierte gleichzeitig das *finfundzwanzig-jährige Jubiläum* dieser Institution: Kurz vor Abschluß des Zweiten Vatikanums wurde durch das *Motu proprio* „*Apostolica Sollicitudo*“ Pauls VI. vom 15. September 1965 die Bischofssynode errichtet. Dementsprechend galt die erste Generalkongregation der jetzigen Vollversamm-

lung einem bilanzierenden Rückblick auf die bisherige Geschichte der Synode, bei dem fünf Kardinäle aus den fünf Erdteilen zu Wort kamen. Johannes Paul II. ging dann in seiner Schlußansprache vor den Synodenvätern am 27. Oktober auf die Bedeutung der Bischofssynode für die Kirche ein.

Während die erste ordentliche Vollversammlung im Oktober 1967 eine ganze Reihe von Fragen behandelte (es ging etwa um Prinzipien für die Reform des Kirchenrechts und um die konfessionsverschiedenen Ehen), war die nächste (30. September bis 6. November 1971) nur noch zwei Themen gewidmet, der *Gerechtigkeit in der Welt* und dem *priesterlichen Dienstamt*, wobei zu beiden Bereichen Dokumente verabschiedet wurden. Das Dokument über die Priester (vgl. HK, Dezember 1971, 584 ff.) beschäftigte sich mit den Problemen für Selbstverständnis und Amtsführung der Priester, die sich aus den kirchlichen und gesellschaftlichen Veränderungen der Konzils- und Nachkonzilszeit ergeben haben, formulierte einige grundlegende Aussagen zur Entstehung und Bedeutung des hierarchischen Amtes und gab Richtlinien für Leben und Dienst der Priester. In diesem Zusammenhang votierten die Synodenväter mit großer Mehrheit für eine *Beibehaltung des Pflichtzölibats* in der lateinischen Kirche; demgegenüber war die Synode in der Frage der möglichen Weihe von „*viri probati*“ in Ausnahmefällen gespalten, so daß hier kein eindeutiges Votum zustande kam. Mit der Priesterbildung im engeren Sinn befaßte sich die Vollversammlung von 1971 nicht.

Von den Zeugnissen aus Osteuropa beeindruckt

Es war 1971 nicht nur das erste, sondern gleichzeitig auch das letzte Mal in der bisherigen Geschichte der Bischofssynode, daß bei einer ordentlichen Vollversammlung ein abschließendes Dokument veröffentlicht wurde. Auch diesmal hielt man sich an die seit 1977 praktizierte Vorgehensweise: Die Synode erarbeitet nach der zweiwöchigen Generaldebatte (vgl. HK, November 1990, 505–507) und einer ersten Diskussionsrunde in dreizehn Sprachzirkeln eine Reihe von „Propositionen“ zum Beratungsthema, die nicht veröffentlicht, sondern zusammen mit dem übrigen Material aus der Vollversammlung dem Papst zur Abfassung eines nachsynodalen Dokuments über die Priesterbildung übergeben wurden. Veröffentlicht wurde nur eine recht appellativ gehaltene *Botschaft*, die sich nacheinander an die Laien, die Priester, die Priesteramtskandidaten und an die Jugend richtet.

Bei der abschließenden Pressekonferenz charakterisierte der seit 1985 amtierende Generalsekretär der Bischofssynode, der aus Belgien stammende Erzbischof *Jan Schotte*, die Vollversammlung von 1990 als eine Versammlung der „starken Konvergenz“ und der „mutigen Klarheit“ ohne Zweifel und Zweideutigkeiten. Er hob außerdem den kollegialen Charakter der Versammlung hervor und betonte ihre hohe Kompetenz für das Thema Priester-

sterbildung: Achtzig Prozent der Synodenväter hätten über direkte Erfahrungen in der Priesterausbildung verfügt. Tatsächlich war die jüngste Synode nicht durch massive Spannungen oder heftige Konflikte geprägt, sosehr bei ihr unterschiedliche Akzentsetzungen im Weltepiskopat bei der Einschätzung der gegenwärtigen geistigen und gesellschaftlichen Situation, in der Verhältnisbestimmung von Kirche und Priester oder bei der Frage nach den Grundelementen der Priesterausbildung zum Ausdruck kamen. Es gab auch keine klar umrissene Trennungslinien zwischen den Bischöfen aus Europa und Nordamerika und den Vertretern der katholischen Ortskirchen in der Dritten Welt. Aus beiden Gruppen waren vielmehr sowohl realistisch-offene wie traditionell-doktrinäre Voten zu hören.

Als eigene Gruppe traten diesmal die Bischöfe aus den inzwischen mehr oder weniger demokratisierten Ländern des bisher kommunistischen Mittel- und Osteuropa in Erscheinung. Erstmals gab es bei einer Vollversammlung auch einen slawischen Sprachzirkel. Nicht nur bei der Synodenbilanz, die der Relator der Vollversammlung, Kardinal *Lucas Moreira Neves* (Erzbischof von Bahia in Brasilien), bei der letzten Pressekonferenz gab, sondern praktisch bei allen Resümees von Synodenteilnehmern, die in der letzten Woche der Beratungen zu hören waren, war mit an oberster Stelle von dem starken Eindruck die Rede, den die Zeugnisse der osteuropäischen Bischöfe hinterlassen hätten. In der Synodenaula ernteten ihre Interventionen teilweise spontanen Beifall. In einer am 24. Oktober in der Aula verlesenen Botschaft der drei delegierten Synodenpräsidenten (Kardinal *Simon Ignatius Pimenta*, der Erzbischof von Bombay; Kardinal *Christian Wiyghan Tumi*, der Erzbischof von Garoua in Kamerun; Kardinal *Antonio Innocenti*, der Präfekt der Kleruskongregation) an die Synodenväter hieß es, man wolle besonders den Bischöfen aus Osteuropa danken. Sie hätten die Stimmen ihrer Kirchen vermittelt, „die nach mehreren Jahrzehnten schmerzlicher Verfolgung die Freiheit wiedererlangt haben“.

Die *inhaltlichen Schwerpunkte* der Vollversammlung kristallisierten sich schon in der Generaldebatte weitgehend heraus, auch wenn wie schon bei früheren Synoden manche Bischöfe auch diesmal weniger zum eigentlichen Beratungsthema Stellung nahmen als ganz allgemein Situation und Probleme ihrer Ortskirchen ausbreiteten oder Kurienvertreter die Priesterbildung vor allem aus dem begrenzten Blickwinkel ihres jeweiligen Dikasteriums behandelten. Das Interesse konzentrierte sich auf die Weckung und Förderung von Priesterberufen, die Ausbildung im Seminar, die Weiterbildung und die Spiritualität der Priester. Von Anfang bis zum Schluß ging es bei der Vollversammlung aber auch um die Frage nach der *Identität des Priesters* als theologischem Fundament für Aussagen über seine Ausbildung und Spiritualität. In dieser Beziehung hatte schon das „*Instrumentum laboris*“, das vorbereitende Arbeitspapier für die Synode (vgl. HK, September 1990, 402), einen deutlichen Akzent gesetzt.

Es bestimmte die Identität des Priesters vor allem von seiner besonderen „Teilhabe am Sein, Lebensstil und an der Sendung des Priesters Christus“ her (Nr. 13).

Unterschiedliche Akzente zur Identität des Priesters

Bei der Vollversammlung selber hatte dann der Präfekt der Glaubenskongregation Gelegenheit, noch vor dem einleitenden Bericht des Relators zum Beratungsthema grundsätzliche Überlegungen zum katholischen Verständnis des Priestertums vorzutragen. Kardinal *Joseph Ratzinger* ging dabei von der Feststellung aus, das vom Trienter Konzil definierte und vom Zweiten Vatikanum von der Schrift her vertiefte und erneuerte katholische Bild des Priesters sei nach dem Konzil in eine tiefe Krise geraten. Man habe es unter dem Einfluß der modernen Exegese und im Rückgriff auf die Anfragen der Reformatoren zugunsten einer entsakralisierten, rein funktionalen Sicht des Amtes aufgegeben. Demgegenüber insistierte Ratzinger darauf, daß das mit den Aposteln begonnene neutestamentliche Priestertum eine „ganz und gar christologische Struktur“ habe, als Teilhabe an der Sendung Jesu Christi. Deshalb bleibe für den priesterlichen Dienst eine tiefe und persönliche Beziehung zu Christus wesentlich und grundlegend.

Auch Johannes Paul II. sprach in seiner Schlußansprache von der *nachkonziliaren Identitätskrise des Priesters*, die er auf ein falsches, teilweise bewußt tendenziöses Verständnis der Aussagen des Zweiten Vatikanums zurückführte. Dagegen hätten zahlreiche Voten auf der Vollversammlung das Wissen um die besondere ontologische Verbindung des Priesters mit Christus, dem Hohenpriester und Guten Hirten, deutlich gemacht. Sowohl in der Generaldebatte wie in den Berichten der Sprachzirkel war der Befund allerdings *differenzierter*: Neben der Tendenz, den Priester sehr massiv und einseitig als „alter Christus“, als „Mann Gottes“ zu kennzeichnen bzw. das vom Weihesakrament bestimmte „Sein“ des Priesters gegenüber seiner „Funktion“ zu betonen, gab es auch nicht wenige Stimmen, die stärker auf die Einbindung des Priesteramts in das Ganze der Kirche als Volk Gottes und als Gemeinschaft abhoben. So hieß es z. B. im Bericht der spanischen Sprachgruppe A, die Identität des Priesters sei eingebettet in das Geheimnis der Kirche als Volk Gottes; er sei ein für den Dienst an den anderen Gliedern des Gottesvolkes qualifiziertes Glied.

Gerade auch die deutsche Sprachgruppe (ihr Vorsitzender war Bischof *Karl Lehmann*, ihr Relator Bischof *Klaus Hemmerle*; außerdem gehörte der Synodendelegation der Deutschen Bischofskonferenz noch der Fuldaer Weihbischof *Johannes Kapp* an; die Berliner Bischofskonferenz war durch den Erfurter Weihbischof *Hans-Reinhard Koch* vertreten) war mit ihrem gehaltvollen und ausgewogenen Bericht bemüht, theologische Einseitigkeiten und vorkonziliare Rückfälle beim Thema Identität des Priesters zu rechtzurücken. So hieß es u. a., der Priester habe seine

Identität nicht in einer bloßen Selbstbezogenheit, sondern in lebendiger Beziehung zu Jesus Christus, der ihn sende, zu den Menschen, zu denen er gesandt sei, und zur Kirche, in der er seine Sendung wahrnehme. Das gemeinsame Priestertum aller Gläubigen und der besondere, durch das Weihesakrament übertragene priesterliche Dienst seien gegenseitig aufeinander verwiesen. Mit erfrischender Deutlichkeit brachte das entsprechende Anliegen Bischof *Lawrence A. Burke* (Nassau, Bahamas) in einer schriftlich vorgelegten Intervention auf den Punkt: Die Begriffe „in persona Christi“ und „Handeln in der Person des Hauptes Christus“ zur Kennzeichnung der Identität des Priesters müßten so ausgelegt werden, daß sich Priester wie Laien der Tatsache bewußt seien, daß der Priester ein Gläubiger unter Gläubigen sei. Die Priester der Zukunft müßten für eine Kirche vorbereitet werden, „in der das Ministerium eine gemeinsame Aufgabe von Ordinierten und Nichtordinierten ist“.

Von den insgesamt 41 Propositionen gehören sechs zum Kapitel „Über Identität und Sendung des Priesters“. Sie spiegeln (in der durch die Modi der Sprachzirkel z. T. erheblich veränderten Endfassung stärker als im ersten Entwurf) in etwa die unterschiedlichen Akzentsetzungen in dieser zentralen Frage während der Vollversammlung wider, gerade im Blick auf die Christusrepräsentation durch den Priester oder das Verhältnis von Sein und Sendung. Das umfangreichste Kapitel der Propositionen (mit achtzehn Nummern) ist dem eigentlichen Thema der Synode, den verschiedenen Orten und Elementen der Priesterausbildung, gewidmet. Drei Propositionen gelten dem Thema Berufung und elf sind dem abschließenden Teil über die Weiterbildung zugeordnet.

Schon in der Generaldebatte befaßten sich zahlreiche Bischöfe mit dem *Seminar* als wichtigstem Ort der Priesterausbildung, wobei manche Voten vor allem auf eine möglichst konsequente Durchsetzung des klassischen Seminarkonzepts in seiner durch das Zweite Vatikanum teilweise modifizierten Form drängten, während andere stärker die Notwendigkeit der Anpassung von Struktur und Inhalten der Seminausbildung an die jeweiligen gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten betonten. In seiner Interpretation wies Bischof *Lehmann* darauf hin, daß es im deutschen Sprachraum in bezug auf die Seminare eine große Tradition der Verbindung von Kontinuität in den grundlegenden Zielsetzungen und notwendigen Veränderungen gebe und nannte als ein wichtiges Ziel des Seminars die Hinführung der Priesteramtskandidaten zu einem Gleichgewicht zwischen individueller Autonomie und Einfügung in die Gemeinschaft, zwischen Gehorsam und persönlicher Freiheit.

In den Berichten der Sprachzirkel fanden sich neben Plädoyers für das klassische Große Seminar (auch die „kleinen Seminare“ wurden vielfach als nützlich und förderungswert apostrophiert; in der entsprechenden Proposition werden sie als eine Möglichkeit zur Weckung von Priesterberufen empfohlen) auch Hinweise auf die Legitimität anderer Formen bzw. Orte der Priesterausbildung, etwa

die stärkere Verzahnung von Ausbildung und Mithilfe in der Seelsorge oder auch die Verbindung von wissenschaftlichem Studium an einer theologischen Fakultät und Leben im Konvikt, wie sie nicht zuletzt in Deutschland üblich ist. Das in der Kurie mit erheblicher Reserve betrachtete „deutsche“ Modell mit seiner Einbeziehung der staatlichen Fakultäten wurde bei der Vollversammlung allerdings weder positiv noch negativ zu einem wichtigen Thema.

Überhaupt spielte die *theologische Ausbildung* der Priesteramtskandidaten bei den Überlegungen der Vollversammlung zur Priesterbildung eher eine *Nebenrolle*, abgesehen von einigen Mahnungen, den zukünftigen Priestern müsse ein solides und systematisches theologisches Wissen vermittelt werden und die Dozenten müssten unmißverständliche Treue zum Lehramt zeigen. In mehreren Berichten aus den „*circuli minores*“ wurde dagegen stark herausgestellt, daß der Priester in seiner Ausbildung eine *missionarisch-evangelisatorische Kompetenz* erwerben müsse, die Fähigkeit zur Verkündigung des Evangeliums angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Herausforderungen, zum Dialog und zur Inkulturation.

Vor allem um die Spiritualität besorgt

Schon im „*Instrumentum laboris*“ hieß es, die Priesterausbildung solle „reife Persönlichkeiten und charaktervolle Menschen heranbilden, die zur Übernahme pastoraler Verantwortung fähig sind und treu die erhaltene Sendung sowie die übernommenen Aufgaben erfüllen“ (Nr. 37). Dieses Anliegen wurde auf der Vollversammlung durchweg geteilt. So hielt eine Sprachgruppe als Ergebnis ihrer Beratungen fest, es sei sehr wichtig, die menschliche Reife sowohl als Voraussetzung für die Priesterausbildung wie während der Ausbildungszeit zu berücksichtigen. Man müsse sehr auf das psychische Gleichgewicht des Kandidaten als unerläßliche Bedingung für seine Aufnahme achten. Wesentlich stärker als die menschliche wurde von der Synode allerdings die *geistliche Bildung* der zukünftigen Priester gewichtet. Über kaum ein anderes Thema wurde auf der Vollversammlung so viel gesprochen wie über die *Spiritualität* der Priester bzw. die Hinführung der Priesteramtskandidaten zu dieser Spiritualität.

In diesem Zusammenhang trat vor allem ein Vorschlag zur Gestaltung der Priesterausbildung in den Vordergrund, der schon in der Generaldebatte häufig geäußert wurde, dann in vielen Berichten der Sprachzirkel auftauchte und auch Eingang in die Propositionen fand: Es soll ein dem eigentlichen Studium vorgelagertes „propädeutisches Jahr“ eingeführt werden, das in erster Linie der spirituellen Formung der Priesteramtskandidaten dienen soll. Durchgängig war aber auch zu hören, für die genauere Ausgestaltung dieses Vorbereitungsjahres müsse es verschiedene Formen und Möglichkeiten geben. Dementsprechend fiel auch die einschlägige Formulierung in den Propositionen aus, wo die Entscheidung über Einfüh-

rung, Struktur und Schwerpunkte des Propädeutikums den einzelnen Ortskirchen anheimgestellt wird. Die deutschen Bischöfe äußerten sich in Rom eher skeptisch gegenüber dem Vorschlag und verwiesen u. a. auf die dadurch bedingte Verlängerung der Ausbildungszeit.

Das „propädeutische Jahr“ für zukünftige Weltpriester sei kein Noviziat, wurde in der Vollversammlung verschiedentlich betont. Dennoch macht gerade die Forderung nach einem spirituell ausgerichteten Vorbereitungsjahr eine Spannung deutlich, in der sich die Vollversammlung bei ihren Anregungen zur priesterlichen Spiritualität bewegte, ohne sie wirklich auszutragen. Auf der einen Seite betonte man immer wieder, die Spiritualität des Weltpriesters müsse sich an seiner spezifischen Stellung und Aufgabe in der Kirche orientieren. Gleichzeitig wurden die Priester aber auch immer wieder aufgefordert, die drei evangelischen Räte Armut, Keuschheit und Gehorsam überzeugend zu leben, auf die Ordensleute durch ihr Gelübde verpflichtet sind. Auch in das Kapitel der Propositionen über Identität und Sendung des Priesters haben die evangelischen Räte als Grundelemente priesterlicher Spiritualität Eingang gefunden. Ein entscheidender Grund für diese Akzentuierung war zweifellos das Bemühen, durch die Einbindung in die klassische Rätetrias den *Pflichtzölibat* der lateinischen Kirche besser zu begründen und für ihn motivieren zu können.

In seinem einleitenden Überblicksbericht klammerte Kardinal Moreira Neves den Zölibat wie auch andere Themen (Priestertum der Frau, Laisierungsproblematik) bewußt aus: Sie seien schon bei anderen Gelegenheiten behandelt und teilweise auch definitiv entschieden worden. In der Generaldebatte zeigte sich dann aber rasch, wie sehr die Zölibatsproblematik vielen Bischöfen auf den Nägeln brennt, auch wenn nur wenige ausdrücklich eine Lockerung der Zölibatsverpflichtung durch die Weihe von „*viri probati*“ ins Gespräch brachten. Zusätzlich angefacht wurde die Debatte durch die Äußerung des brasilianischen Kardinals *Aloisio Lorscheider* (in einem Interview mit der Zeitschrift „*Famiglia Cristiana*“, Nr. 42/90), daß Johannes Paul II. die Erlaubnis zur Weihe zweier verheirateter Männer zu Priestern unter der Bedingung erteilt, daß sie mit ihren Ehefrauen „wie Bruder und Schwester zusammenleben“.

Der Zölibat als „Geschenk Gottes“

Von den „*viri probati*“ ist in den Propositionen nicht die Rede, wohl aber zweimal vom Zölibat, einmal grundsätzlich im Kapitel über die Identität des Priesters und dann nochmals im Blick auf die Erziehung zum Zölibat als Teil der Priesterausbildung. Johannes Paul II. stellte in seiner Schlußansprache fest, die Synode habe völlig unmißverständlich die für den lateinischen Ritus spezifische Entscheidung für den Zölibat bekräftigt. Tatsächlich blieb die Forderung nach einer Überprüfung der Zölibatsverpflichtung angesichts der vielerorts zur Sicherung der Seelsorge längst nicht mehr ausreichenden Priesterzahl

bei der Vollversammlung eine Randerscheinung. In den Sprachzirkeln wurde zwar teilweise offen über Vor- und Nachteile der geltenden Zölibatsregelung diskutiert. Aber im ganzen dominierte die zum Teil überschwänglich-pathetische Rede vom Zölibat als einem unschätzbaren „Geschenk Gottes“ an die Kirche, als einer mit dem priesterlichen Dienst ganz eng verbundenen und gerade heute unverzichtbaren Gnadengabe. Die Priesteramtskandidaten mußten intensiver und sorgfältiger zum Zölibat hingeführt werden, man müsse ihnen den Wert und die Angemessenheit der Ehelosigkeit als Ausdruck der Ganzhingabe des Priesters positiv nahebringen. Die Kandidaten sollten genau daraufhin geprüft werden, ob sie für den Zölibat geeignet seien und das entsprechende Charisma hätten.

Der Wert des Pflichtzölibats, der „nicht vom Wesen des Priestertums selbst gefordert“ ist (so das Priesterdekret des Zweiten Vatikanums Nr. 16), wog für die Vollversammlung schwerer als die Hindernisse, die das Festhalten an dieser Disziplin für die Seelsorge in vielen Teilen der Weltkirche mit sich bringt. Als willkommener Rettungsanker erwies sich dabei vielfach die gesamtkirchliche Personalentwicklung bzw. ihre Deutung, wie sie der Synode von Erzbischof *Pio Laghi*, dem Propräfekten der Kongregation für das katholische Unterrichtswesen, vortragen wurde. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Priesterweihen gesamtkirchlich gestiegen, noch stärker die der Seminaristen, wobei sich die Zuwächse allerdings nach Regionen sehr unterschiedlich verteilen (vgl. den Überblick zur kirchlichen Personalsituation, HK, September 1990, 431 ff.). Erzbischof Laghi qualifizierte die Situation in Europa und Nordamerika beim Priesterwachstum mit „mühsamer Wiederaufschwung“; für Afrika und Südostasien konstatierte er ein ständiges Wachstum und für Lateinamerika Zuwächse. Insgesamt zog er den Schluß, man könne mit Zuversicht auf die Zukunft der Berufungen schauen und auf die Wirksamkeit der Bemühungen um ihr Wiedererwachen setzen, wenn man sich von der Versuchung fernhalte, das Priesteramt zu „laikalisieren und die sakramentalen Amtsträger mit anderen Diensten gleichzustellen“.

Nicht nur der Propräfekt der Bildungskongregation erwähnte in seinem Bericht die *geistlichen Bewegungen* als wichtiges Reservoir für Priesterberufungen. Die „movimenti“ wurden auf der Vollversammlung häufig angesprochen und werden auch in den Propositionen im Kapitel über Orte und Umfelder der Priesterbildung eigens behandelt. Daß aus den Bewegungen verhältnismäßig viele Priesteramtskandidaten hervorgehen, wurde von der Synode durchweg dankbar anerkannt. Gleichzeitig insistierte man aber verschiedentlich darauf (so etwa auch der deutsche Sprachzirkel), daß Priester aus geistlichen Bewegungen sich ins Ganze der Kirche einfügen und für andere spirituelle Prägungen offen sein müßten. Insgesamt war die Haltung gegenüber den „movimenti“ auf dieser Vollversammlung offenbar positiver als auf der „Laiensynode“ von 1987 (vgl. HK, Dezember 1987,

564 ff.), wo etliche Bischöfe Tendenzen in manchen Bewegungen zur Abkapselung bzw. Verselbständigung gegenüber der diözesanen Pastoral tadelten.

Flucht in die Resakralisierung

In der Botschaft, die die Vollversammlung an das Volk Gottes richtete, werden die Priester unter anderem dazu aufgefordert, sich stärker an den Zeichen der Zeit zu orientieren, sie zu verstehen und nach den Maßstäben des Evangeliums zu beurteilen. Bei ihrer eigenen Analyse und Bewertung der Zeichen der Zeit bzw. der „heutigen Verhältnisse“ im Blick auf Identität und Bildung der Priester zeigte die Bischofssynode allerdings eine unverkennbare *Schlagseite*: Zum einen erschien in zahlreichen Voten die moderne Gesellschaft, natürlich besonders in den westlichen Industrieländern, vor allem als Herrschaftsbereich des Säkularismus, Konsumismus, Permissivismus oder auch Erotismus, als eine Welt, die Werte wie Opfer, Verzicht, Gehorsam und lebenslange Bindung obsolet macht und so junge Menschen vom Priesterberuf abhält bzw. es den Priestern schwermacht, sich spirituell zu behaupten. Gleichzeitig deutete man den Zuwachs an Priestern in Teilen der Dritten Welt und Osteuropas als einen Beleg dafür, daß die nachkonziliare Identitätskrise des Amtes jetzt ausgestanden ist und der Kirche bei entsprechender Festigkeit neue Lebenskraft zuwächst.

Zweifellos beherrschten diese Deutungsmuster auf der Synode nicht durchgehend das Feld, gab es auch nicht wenige Stimmen, die sich von den genannten Stereotypen freihielten und für eine realistischere und offenere Sicht des gesellschaftlichen und kirchlichen Umfeldes gerade im Interesse der Priester warben. Aber sie waren nicht stark genug, um dem Trend zur *Resakralisierung*, zur spirituellen Überhöhung und Idealisierung des Priesters und damit auch zur weiteren Verdrängung bzw. Relativierung der Volk-Gottes-Ekklesiologie die Waage halten zu können. Auf der Vollversammlung wurde viel und mit großem Ernst vom missionarisch-evangelisatorischen Auftrag des Priesters und der für seinen Dienst unerläßlichen Nähe zu den Menschen und ihren Lebensverhältnissen gesprochen. Aber es zeigte sich gerade beim Thema Zölibat, daß man im ganzen zu sehr auf die Rettung bzw. Wiederbelebung des traditionellen Konzepts vom Priester als „alter Christus“ fixiert war, um die Frage, welche Priester heute in den verschiedenen Regionen der Weltkirche gebraucht werden und welche Blockaden sich die Kirche durch das Festhalten an tiefverwurzelten, aber einseitigen Vorstellungen von priesterlicher Identität schafft, mit der wünschenswerten Klarheit und Konsequenz stellen und ohne Scheuklappen diskutieren zu können.

Damit ist nicht gesagt, daß von der Vollversammlung keine *positiven Impulse* für die Priesterausbildung in den verschiedenen Ortskirchen ausgehen können. Sie bot nicht nur den Bischöfen Gelegenheit, Konzepte und Probleme der Priesterbildung in anderen Ländern und Kontinenten kennenzulernen und damit auch Mißverständnisse

und Vorurteile abzubauen. Die Synode hat auch wichtige Anregungen für Bereiche gegeben, in denen vielerorts Nachholbedarf besteht, sei es mit ihrem Insistieren auf der menschlichen, theologischen und geistlichen Qualifikation der für die Priesterausbildung Verantwortlichen oder mit ihren Überlegungen zu Bedeutung und Formen der Weiterbildung. In der zentralen Frage nach der Zukunft der Seelsorge und der Sendung der Kirche angesichts der sich ungeachtet der regionalen Zuwächse verschärfenden Personalsituation ist die Vollversammlung allerdings nicht weitergekommen. Die von Johannes Paul II. in der Schlußansprache vorgeschlagene Lösung, die Ortskirchen mit vielen Priestern sollten einen Teil davon in Gebiete mit Priestermangel schicken, würde sich kaum ohne Schaden für beide Seiten durchführen lassen. Das Thema neuer und differenzierter Zugangswege zum Priesteramt wird deshalb auf der Tagesordnung bleiben, auch wenn der Papst in seiner Ansprache bei den „viri probati“ einen deutlichen Schlußstrich gezogen hat.

Bleibt es beim Dreijahresrhythmus?

Wie üblich wurden während der Vollversammlung die Synodenväter auch nach Vorschlägen für das Thema der nächsten Zusammenkunft der Synode befragt. Dabei erhielten die drei Themen: Orden/geistliche Gemeinschaften; Jugend; soziale Kommunikationsmittel die meisten Stimmen. Ob die neunte ordentliche Vollversammlung dem bisherigen Rhythmus folgend 1993 abgehalten wird, ist noch nicht sicher. Erzbischof Schotte teilte in seinem Bericht über die Arbeit des Synodensekretariats mit, daß sich die Synodenväter bei einer Umfrage im Zuge der Vorbereitung der jetzigen Vollversammlung vielfach für ein *Fünfjahresintervall* zwischen den Vollversammlungen

ausgesprochen hätten. Der Papst wolle, so Schotte, am gewohnten Dreijahresrhythmus festhalten, schließe aber für die Zukunft größere Zeitabstände zwischen den Vollversammlungen nicht aus, die dann mit anderen Formen synodaler Zusammenkünfte alternieren könnten.

Vermutlich im Herbst 1991 soll die von Johannes Paul II. bei seinem Besuch in der Tschechoslowakei im April dieses Jahres angekündigte Sondervollversammlung der Bischofssynode für Europa stattfinden; Die erste Tagung einer kleinen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Europasynode fand im August statt. Die Vollversammlung über die Priesterbildung bot jetzt auch Gelegenheit zur Zwischenbilanz von Projekten, die von der Sondersynode 1985 (vgl. HK, Januar 1986, 34 ff.) initiiert wurden. Kardinal *Joseph Ratzinger* informierte über den Stand der Arbeit am „Weltkatechismus“ (vgl. ds. Heft, S. 554) und der Präfekt der Bischofskongregation, Kardinal *Bernardin Gantin*, über die Reaktionen auf das Anfang 1988 verschickte Arbeitsdokument zum theologischen und rechtlichen Status der Bischofskonferenzen (vgl. HK, April 1989, 168 ff.). Kardinal Gantin räumte dabei indirekt ein, daß die Aussagen des Arbeitsdokuments bei den Betroffenen auf wenig Gegenliebe stießen und kündigte ein neues Dokument unter Berücksichtigung der eingegangenen Reaktionen ein, das einen „positiven Ton“ und „pastoralen Charakter“ haben solle. Es sei nicht die Absicht des Dokuments, offene theologische Fragen zu entscheiden, sondern ihnen Zeit zum Reifen zu geben. Der Versuch einer Rückstufung der Bischofskonferenzen durch ein entsprechendes Grundsatzdokument dürfte damit wohl fürs erste mißlungen sein. Vielleicht ist das auch ein gutes Omen für die Zukunft der Institution Bischofssynode.

Ulrich Rub

Konföderierung oder Ende?

Jugoslawien als alter balkanischer und neuer europäischer Krisenherd

Der Vielvölkerstaat Jugoslawien droht an seinen in jüngster Zeit erneut ausgebrochenen ungelösten zwischenationalen Konflikten zu zerbrechen. Schon in seiner Vorkriegsform als halbdemokratisches Königreich waren die heutigen sechs Teilrepubliken und Nationen mit den zwei starken nichtslawischen Minderheiten, vier Sprachen, drei Hauptreligionen und Kulturkreisen und zwei Schriften nahezu unregierbar. Kann sich das Land in neuen Strukturen fangen, oder endet das Ganze in einem Bürgerkrieg? Gojko Borić, Jugoslawien-Mitarbeiter bei der Deutschen Welle in Köln, schließt einen „neuen Libanon“ nicht aus.

Jugoslawien ein alter und neuer Krisenherd? In der Tat, entstanden aus dem südslawischen Teilen der untergehen-

den Österreichisch-Ungarischen Monarchie und den im Ersten Weltkrieg siegreichen Königreich Serbien und Montenegro, konnte Jugoslawien bis heute keine wirklich tragfähige und dauerhafte Grundlage für ein gedeihliches Zusammenleben seiner Völker finden. Zu nachhaltig trennen die kulturellen, zivilisatorischen, religiösen und geschichtlichen Besonderheiten die in ihrem jeweiligen römischen, byzantinischen oder islamischen Religions- und Kulturkreis verhafteten Nationen voneinander.

Ein Land voller ungelöster Konflikte

Im *Königreich Jugoslawien* warfen die als siegreichen Befreier auftretenden Serben den Kroaten und Slowenen